

Frieden ist machbar! 125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft

Guido Grünewald am 24.11.2017 in der Lutherkirche, Köln-Südstadt

In wenigen Minuten die 125jährige Geschichte der Deutschen Friedensgesellschaft zusammenfassen zu wollen, wäre ein vergebliches Unterfangen. Ich will daher versuchen, wichtige Themen und Impulse, die von der Friedensgesellschaft ausgegangen sind, am Beispiel einzelner Persönlichkeiten zu beleuchten.

Ich beginne mit Alfred Hermann Fried, gemeinsam mit Bertha von Suttner Gründer der DFG. Beide haben den Friedensnobelpreis erhalten und beide stammen aus Österreich. Es ist kein Zufall, dass im nationalistischen und imperialistischen Deutschen Kaiserreich, das unter Wilhelm II. nach Weltmacht strebte, die Gründung einer Friedensorganisation auf die Initiative zweier AusländerInnen zurückging. Alfred Hermann Fried war ein unermüdlicher Agitator, er hat die „Friedens-Warte“ geschaffen, eine auch international anerkannte Zeitschrift von hohem Niveau, in der unter anderen bekannte Völkerrechtler schrieben. Mit den Gremien der DFG kam es allerdings wiederholt zu Konflikten. Fried sah sich letztlich als der Theoretiker der Friedensgesellschaft, war sich aber nicht zu schade, 1894 einen populär gehaltenen „Friedenskatechismus“ zu veröffentlichen. Darin schrieb er: *„Was wollen die Friedensfreunde aller Länder zunächst erreichen:*

- 1. dass die Staaten dem Grundsatz huldigen lernen: Si vis pacem para pacem.*
- 2. dass dieselben internationale Verträge schließen, einen zwischenstaatlichen Rechtszustand schaffen, was eine Abrüstung, d.h. Verminderung der stehenden Heere und Verkürzung der Dienstzeit zur Folge hätte*
- 3. dass wir (mittels einer internationalen Kommission) ein internationales Gesetzbuch entwerfen, das bestimmt ist, die gegenseitigen internationalen Angelegenheiten gesetzlich zu regeln*
- 4. dass ein ständiger internationaler Völkergerichtshof in der Hauptstadt eines neutralen Staates für ständig zusammentritt.“*

In diesen Sätzen ist die Provokation des Pazifismus in einem nationalistisch-militaristischen Umfeld klar ausgedrückt: Frieden ist machbar! – Krieg ist Menschenwerk, also kann er abgeschafft werden! – Konflikt ist nicht gleich Krieg, Konflikte können ohne militärische Gewalt bearbeitet werden! – Pazifisten träumen nicht vom Paradies auf Erden, sondern streben eine internationale Rechtsordnung an, in der Konflikte mit den Mitteln des Rechts gelöst werden.

Fried hat die erste wissenschaftliche Theorie des Pazifismus entworfen, die durchaus Einfluss auf die Völkerrechtswissenschaft hatte. Fried beobachtete in der damaligen ersten Globalisierungswelle, wie die Staaten mittels neuer Verkehrs- und Kommunikationsmittel in vielen Bereichen zunehmend stärker zusammen arbeiteten. Er hat daraus gefolgert, dass der Zusammenschluss zu einer internationalen Staatenorganisation, die auf dem Völkerrecht beruht, quasi naturnotwendig verläuft. Es war ja der Zug der Zeit, dass wissenschaftliche Theorien damals oft mit einem unerschütterlichen Fortschrittsglauben gepaart waren.

Wie wir wissen, ist es keineswegs so gekommen. Dennoch gehen Völkerbund und UNO auch auf die Ideen von Fried und anderen PazifistInnen zurück. Kontrovers blieb Frieds Schlussfolgerung, dass Abrüstung erst möglich sei, nachdem eine internationale Rechtsorganisation errichtet wäre. Dem widersprachen viele Pazifisten, unter anderen seine Mitstreiterin Bertha von Suttner. Sie hat als Journalistin hellsichtig das Zeitgeschehen kommentiert und politische Forderungen aufgestellt, obwohl sie selbst sich als unpolitisch verstand. Allerdings betonte Bertha von Suttner auch die ethische und moralische Seite des Pazifismus. Kurz vor ihrem Tod hat sie 1914 an den Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft geschrieben: *„Im Namen der Liebe, diesem heiligsten aller Gefühle, wollen wir den Krieg bekämpfen. Nicht nur, weil er sich nicht mehr auszahlt und daher eine Torheit, sondern, weil er grausam und daher ein Verbrechen ist. Das soll in all dem Aufwand von politischen und ökonomischen Argumenten nicht vergessen werden. Desto besser, wenn sich*

der Verstand auch gegen den Krieg auflehnt. Aber unterdrücken wir darum nicht die Empörung unserer Herzen“.

Die Deutsche Friedensgesellschaft war bis 1914 im Prinzip ein Honoratiorenverein. Die Pazifisten waren Patrioten, sie lehnten die Kriegsdienstverweigerung ab. Den 1. Weltkrieg begriffen sie zunächst einmal als Verteidigungskrieg, der Deutschland aufgezwungen war. Allerdings sprachen sie sich von Beginn an klar gegen einen Siegfrieden und gegen Annexionen aus. Außerdem pochen sie darauf, dem Gegner nicht mit Hass zu begegnen und ihn nicht zu entmenslichen. Das reichte, dass die Pazifisten im 1. Weltkrieg mit Zensur und Verboten drangsaliert und dass ihre Aktivitäten weitgehend lahmgelegt wurden.

Nach dem 1. Weltkrieg veränderte sich der Pazifismus sowohl in Deutschland als auch international. Er differenzierte sich in religiös motivierte, in anarchistische, sozialistische, radikalpazifistische und in völkerrechtliche Strömungen. Viele dieser Pazifismus-Varianten waren in der DFG vertreten, die damals noch immer das Zentrum des deutschen Pazifismus war. Das barg natürlich das Potential mannigfaltiger Auseinandersetzungen in sich.

Den völkerrechtsorientierten Pazifismus, auch organisatorischer Pazifismus genannt, verkörperte u.a. Ludwig Quidde. Er war seit 1914 DFG-Vorsitzender und Abgeordneter linksliberaler Parteien. Der Kristallisationspunkt dieser pazifistischen Strömung war der Völkerbund. Dieser sollte zu einer Exekutive mit Rechtsautorität ausgebaut werden, und auf dieser Grundlage sollte es dann zu einer allgemeinen und gleichmäßigen Abrüstung kommen. Quidde suchte stets den Kontakt zu den republikanischen Parteien und mit der Reichsregierung. Dennoch wurde auch er 1924 wegen Landesverrats angeklagt. 1927 erhielt Quidde –gemeinsam mit dem französischen Pazifisten Ferdinand Buisson - den Friedensnobelpreis, vor allem wegen seiner Bemühungen um eine Verständigung mit dem Erzfeind Frankreich. Die Aussöhnung mit Frankreich und auch mit Polen war einer der Schwerpunkte der Arbeit deutscher Pazifisten in den 1920er Jahren

In der Folge des massenmörderischen Ersten Weltkriegs entdeckten viele Pazifisten die Kriegsdienstverweigerung als neues Instrument des Friedenskampfes. Sie setzten auf die Verantwortung des Individuums und wollten es gleichzeitig in eine Massenaktion einbinden. Die Frauenrechtlerin Helene Stöcker vertrat diese Strömung in der Deutschen Friedensgesellschaft. 1922 sagte sie auf dem einzigen gemeinsamen Friedenskongress von Pazifisten und Gewerkschaften in Den Haag: *„Darum glauben wir, dass der vorgeschlagene Generalstreik erst dann völlig wirksam werden kann, wenn er nicht nur eine von oben befohlene Maßnahme einiger Führer bleibt, sondern wenn er sogleich eine lebendige Erkenntnis jedes einzelnen wird. Dass er sich sagt, dass er persönlich die Verantwortung für den Ausbruch oder die Verhinderung eines Krieges mitträgt“.* Stöcker erklärte in dieser Rede auch, die Abschaffung der Klassengegensätze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden sowie der Kampf für eine gerechtere Gesellschaftsordnung sei ebenfalls Ziel des Pazifismus. In der Tat vollzog der Pazifismus in Deutschland nach 1918 einen deutlichen Linksruck. Die Mitglieder waren jetzt größtenteils kleine und mittlere Angestellte sowie sozialdemokratisch orientierte ArbeiterInnen.

Nach 1918 verteidigten alle pazifistischen Strömungen ganz entschiedene die parlamentarische Demokratie und die Republik. Vor dem 1. Weltkrieg hatten sie zur Innenpolitik keine Stellung bezogen. Der westdeutsche Landesverband führte schon 1924 eine Versammlungskampagne gegen die Nazis durch unter dem Motto „Das Hakenkreuz ist Deutschlands Untergang!“. Hitler war nach seinem Putsch im November 1923 gerade zu einer milden Strafe verurteilt worden. Die westdeutschen Pazifisten verstanden sich als kämpferische Pazifisten; sie traten als eine Art geschlossener Verband auf und versuchten, die Nationalsozialisten mit den eigenen Mitteln, allerdings gewaltlos, zu stellen. Fritz Küster, ihr führender Kopf, gab die Wochenzeitung „Das Andere Deutschland“ heraus.

Mit ihrem offensiven Eintreten für die Republik und wegen ihrer ständigen Hinweise auf die illegale Aufrüstung zogen sich die PazifistInnen den Hass der politischen Rechten zu. Die reaktionäre Justiz überzog die Pazifisten mit Landesverratsverfahren, die zwar nur in wenigen

Fällen mit Gefängnisstrafen endeten, aber enorme Energien und Ressourcen banden. Nicht nur die extreme Rechte, ein Großteil der politischen, militärischen und geistigen Eliten verachtete die Republik, wollte die Niederlage im Ersten Weltkrieg nicht akzeptieren und strebte einen Revanchekrieg an. Bereits im Herbst 1915 hatte die Berliner Post die Vermittlungsbemühungen einiger Pazifisten so kommentiert: „Es sind Dolchstiche, die den Rücken unserer für den deutschen Gedanken streitenden Krieger treffen.“ Nachdem schon Anfang der 1920er Jahre einzelne Pazifisten physisch angegriffen und ermordet worden waren, steigerte sich der rechte Terror in der Endphase der Republik. Pazifistische Professoren wurden von nationalistischen Studenten aus den Hörsälen gejagt, pazifistische Zeitschriften verboten. Unter dem NS-Regime wurden die pazifistischen Organisationen zerschlagen. Pazifisten wurden mit Berufsverbot belegt, ausgebürgert, ins Exil getrieben oder ins KZ verschleppt; einige wurden ermordet, andere starben an den Folgen der Haft. Eine kleine Gruppe von Pazifisten beteiligte sich aktiv am Widerstand beteiligt, einige wenige verweigerten den Kriegsdienst. Eine Langzeitfolge war, dass die Nazis nicht nur die Organisationen zerschlugen, sondern auch die Erinnerung an den Pazifismus und seine Geschichte für mehrere Jahrzehnte zerstörten.

Nach 1945 war somit im Grunde ein völliger Neuaufbau notwendig. Über Zwischenstationen entstand aus der Deutschen Friedensgesellschaft, der Internationalen der Kriegsdienstgegner (IdK) und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), der ursprünglich auf die Gruppe Kölner Wehrdienstverweigerer zurückgeht, 1974 die heutige DFG-VK, die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen.

Wie die Gesamtgesellschaften waren auch die Friedensorganisationen in den Jahrzehnten nach 1945 stark von der Blockkonfrontation des kalten Krieges geprägt. Bestimmende Themen bis Mitte der 1960er Jahre waren Kampf gegen die Wiederbewaffnung, die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik, gegen Atomtests – damals noch in der Atmosphäre –, gegen einen deutschen Zugriff auf Atomwaffen sowie der Einsatz für eine friedliche deutsche Wiedervereinigung. Übergreifende Aktionsfelder waren Kriegsdienstverweigerung, Abrüstung – vor allem atomare Abrüstung – und die Verteidigung demokratischer Rechte (Stichwort Notstandsgesetze).

Dass die Kriegsdienstverweigerung 1949 als Grundrecht in der Verfassung verankert wurde, ist auch auf den Einsatz der Pazifisten zurückzuführen. Mit ihren Beratungsangeboten haben die Pazifisten vielen jungen Männern geholfen, mit den teils perfiden Fangfragen in den Prüfungsgremien umgehen zu können. Als die Verweigererzahlen ab 1968 steil anstiegen und Politik wie Militär einen Generalangriff auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung starteten, ist es den pazifistischen Organisationen gelungen, mit zahlreichen Aktionen Verständnis bei einem Teil der öffentlichen Meinung und in Teilen der sozialliberalen Koalitionsfraktionen zu erzeugen und die Substanz des Grundrechts zu bewahren.

Eine der herausragenden Persönlichkeiten nach 1945 war Martin Niemöller, Exponent der bekennenden Kirche, Inhaber wichtiger Ämter in den protestantischen Kirchen und ein Patriot im echten Wortsinn. Niemöller handelte aus Sorge um Deutschland. Er sah für Deutschland nur eine Alternative: Kriegsschauplatz oder Brücke zwischen Ost und West. Niemöller kämpfte entschieden gegen die Wiederaufrüstung und plädierte für ein neutrales Deutschland unter UNO-Kontrolle. Vor allem trat er für Gespräche mit dem Osten ein, der damals von der Adenauerregierung als Todfeind gebrandmarkt wurde. 1953 schrieb Niemöller: *„Wer den Frieden will, muss die Verständigung mit dem Gegner wollen. Rüstung vermehrt die Angst voreinander auf beiden Seiten und muss auf die Länge zur Katastrophe führen, wenn die Angst ins Unerträgliche gestiegen ist. Die Koexistenz muss nicht diskutiert, sie muss probiert, sie muss gewagt werden“*. Ein Gespräch mit Otto Hahn im Juni 1954 öffnet Martin Niemöller die Augen für das Ausmaß der atomaren Vernichtungskapazität. Er las das Neue Testament jetzt mit anderen Augen und erklärte: *„Ich bin Pazifist geworden, weil ich mir keine Situation vorstellen kann, in der Jesus Christus mir den Rat zum Töten geben wird“*. Niemöller wurde 1957 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, ein Jahr später auch der Internationalen der Kriegsdienstgegner und blieb dann bis 1976 in diesem Amt; anschließend wurde er zum Ehrenpräsidenten gewählt. Martin Niemöller hat trotz starker Arbeitsbelastung diese Ämter

aktiv ausgefüllt; ich habe selbst noch mit Ihm in Vorstandssitzungen gesessen. Niemöller trat zunehmend für die Belange der unterdrückten Völker in der Dritten Welt und der Hungernden ein. 1974 veröffentlichte er eine ausgewählte Sammlung von Reden unter dem Titel „Eine Welt oder keine Welt“.

Helmut-Michael Vogel war im Zweiten Weltkrieg Soldat gewesen; er gehörte dem Stalingrad-Jahrgang an. Der Fotograf und Bildreporter organisierte 1959 in Süddeutschland den Widerstand des Jahrgangs 1922, als Franz-Josef Strauß diesen zu Wehrübungen einberufen wollte. Vogel wuchs damals zunehmend in die pazifistische Arbeit hinein, die zu seinem Lebensinhalt wurde, auch um den Preis finanziell eher prekärer Bedingungen. 1964 wurde er zum Co-Vorsitzenden der IdK gewählt und behielt diese Funktion auch in den Nachfolgeorganisationen bis zu seinem Tod 1979. Helmut-Michael Vogel war ein kompromissloser Verfechter von Abrüstung als logische Folge der individuellen Kriegsdienstverweigerung. Sein Credo lautete: *„Abrüstung in Europa und in der Welt ist möglich und ist machbar! Die Beendigung des Wettrüstens in Ost und West kann von den Völkern Europas erzwungen werden. Auch gegen den Willen und den Widerstand von Regierungen und Militärs“*. (1977) Die Deckungsgleichheit von Politik und Moral war für Helmut Michael Vogel essentiell. In der aktiven Gewaltfreiheit sah er die einzig mögliche logische Konsequenz aus der Existenz atomarer Vernichtungswaffen. Vogel lag daran, die Menschen für Abrüstungsbestrebungen zu aktivieren. Er hat in diesem Zusammenhang die Idee entwickelt, ein Gesetz zu schaffen, das es Bürgern ermöglicht, internationalen Kontrolleuren, beispielsweise UNO-Kontrolleuren, zuzuarbeiten und die Durchführung von vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen in den jeweiligen Heimatländern zu überwachen.

Ich möchte zum Schluss auf zwei Aktionen hinweisen, mit denen die DFG-VK über Grenzen hinweg Menschen die Möglichkeit geboten hat, aktiv für Abrüstung und Entspannung einzutreten. Da ist erstens 1977 die Internationale Abrüstungsstafette Helsinki-Belgrad, maßgeblich initiiert von dem verstorbenen ehemaligen Co-Vorsitzenden Gerd Greune. Die Stafette führte über viele Stationen und Staaten von Helsinki – Unterzeichnungsort der Gründungsakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – zum ersten Folgetreffen der Konferenz in Belgrad und hat den eher abstrakten Prozess der KSZE ein Stück weit erfahrbar gemacht. In Köln war die Abendveranstaltung in der Gesamtschule Zollstock mit 1.000 Besuchern überfüllt! Das war in den 70er Jahren sonst kaum möglich.

Die zweite Aktion war der Olof-Palme Friedensmarsch 1987. Ziel der Forderungen war ein Korridor frei von Massenvernichtungsmitteln entlang der Demarkationslinie, der Systemlinie in Mitteleuropa. Es war die erste blockübergreifende Friedensaktion mit vielen kleinen bis mittleren Demonstrationszügen in der Bundesrepublik, der DDR, der CSSR und in Österreich. Wir als DFG-VK haben darauf geachtet und auch erreicht, dass in der DDR erstmals die unabhängigen Friedensgruppen mitmarschieren und ihre eigenen Slogans und Transparente ungehindert zeigen konnten.

Heute erscheint die vor uns liegende Aufgabe trotz einiger Erfolge so groß wie vor 125 Jahren. Wir PazifistInnen halten an unseren provozierenden Einsichten fest: Krieg ist Menschenwerk und kann abgeschafft werden, Frieden und die Etablierung nichtmilitärischer Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten sind möglich. Frieden muss aber aktiv gestiftet bzw. geschaffen werden, und dazu bedarf es der Mitarbeit Vieler.